Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,050.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 4gesp. Bourgeoisz. 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 69. Sonnabend den 10. März 1877. 71. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag den 11. März nur Vormittags bis ½9 Uhr

geöffnet. **Expedition des Leipziger Tageblattes.**

K. sächs. Standesamt Leipzig.

Die Expeditionen des Standesamtes befinden sich vom 1. März d. J. an **im zweiten Stockwerke der Georgenhalle,** Ritterstraße 15, Eingang vom Ritterplatze aus.

Leipzig, am 27. Februar 1877.

Der Standesbeamte
Dr. Julius Burckhardt.

Bekanntmachung.

1) Der officielle **Anfang** der **diesjährigen Ostermesse** fällt auf den **16. April** und **es endigt** dieselbe mit dem **5. Mai.**

2) Während dieser drei Wochen können alle **in-** und **ausländischen** Handelsleute, Fabrikanten und Gewerbetreibende ihre Waaren hier öffentlich feil bieten; doch kann der Großhandel in der bisher üblichen Weise bereits in der zum Auspacken bestimmten Vorwoche, vom 9. April an, betrieben werden.

3) Das **Auspacken** der Waaren ist den Inhabern der Meßlocalien in den Häusern ebenso wie den in Buden und auf Ständen feilhaltenden Verkäufern in der Woche vor der Böttcherwoche gestattet. Zum **Einpacken** ist das Offenhalten der Meßlocale **in den Häusern** auch in der Woche nach der Zahlwoche gestattet.

4) Jede frühere Eröffnung, sowie spätere Schließung eines solchen Verkaufslocales wird, außer der sofortigen Schließung desselben, jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu 75 Mark geahndet werden.

5) Personen, welche mit dem in §. 55 der Deutschen Gewerbeordnung vorgeschriebenen Legitimationsscheine nicht versehen sind, dürfen bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 150 Mark oder entsprechender Haftstrafe den Hausirhandel während der Messe nur nach eingeholter Erlaubniß des Polizeiamtes und auch mit dieser nur in den eigentlichen drei Meßwochen betreiben.

6) Auswärtigen Spediteuren ist von der hauptzollamtlichen Lösung des Waarenverschlusses an bis mit Ende der Woche nach der Zahlwoche das Speditionsgeschäft hier gestattet.

Leipzig, den 22. Februar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der **Tafelschwämme, Kreidestifte, Bleistifte, Schiefertafeln, Stundenplanformulare, Schreibebücher** ꝛc. für **sämmtliche hiesige Volksschulen** soll, soweit diese Gegenstände von der Schule selbst anzuschaffen sind, mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern dem Mindestfordernden übertragen werden. Von den Proben der zu liefernden Gegenstände und den Bedingungen der Lieferung kann auf der Schulexpedition Kenntniß genommen werden. Anerbietungen sind versiegelt und mit der Aufschrift „Schulbedürfnisse" versehen bis **Sonnabend den 17. März** d. J. Abends 6 Uhr auf der Schulexpedition einzureichen.

Leipzig, den 6. März 1877.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panitz. Lehnert.

Holzpflanzen-Verkauf.

Von dem städtischen Forstrevier **Burgau** können durch den Revierwalter Herrn Oberförster **Dietze** (Forsthaus Burgau, Lindenau bei Leipzig) die nachverzeichneten Holzpflanzen zu den beigesetzten Preisen gegen Baarzahlung oder Postnachnahme abgegeben werden, als:

20,000	Stück	zweijährige Eichensaat à Hundert	2 ℳ	— ₰
100	„	holländ. Linden von 2—2½ Meter Höhe à Stück	1 „	50 „
500	„	gewöhnliche Linden von 2—2½ Meter Höhe à Stück	— „	75 „
1800	„	eingeschulte Birken „ 2—2½ „ „ à „	— „	50 „
1000	„	„ „ „ 1½—2 „ „ à „	— „	30 „
1000	„	„ eschenblättrige Ahorn von 2—2½ Meter Höhe à Hundert	30 „	— „
300	„	„ Ahorn zu Alleebäumen mit Kronen von 3 Meter Höhe à Stück	1 „	— „
300	„	„ großblättr. Ulmen von 3 Meter Höhe à Stück	1 „	— „
1000	„	„ Ebereschen von 2—3 Meter Höhe à Hundert	40 „	— „
500	„	„ Weißbuchen von 1½—2 Meter Höhe à Hundert	6 „	— „
1000	„	„ Fichten mit Ballen 1½—1¾ Mtr. Höhe à St. 75 ₰, i. Hund.	65 „	— „
3000	„	„ „ „ 1 Mtr. Höhe à St 50 ₰, im Hundert	40 „	— „
500	„	„ Lärchen mit Ballen 1—1¼ Meter Höhe à Stück	— „	50 „
100	„	„ Tannen mit Ballen 1—1¼ Meter Höhe à Stück	1 „	50 „

Leipzig, am 14. Februar 1877.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Prof. Dr. Kolbe betrug die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases im Monat Februar durchschnittlich das **14½fache** von der Leuchtkraft der Normalwachskerze bei 0,495 specifischem Gewicht.

Leipzig, am 8. März 1877.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 9. März.

Unsere Leser kennen die Gründe bereits, welche die Abg. Petri und Berger bewogen haben, aus der Fortschrittspartei auszutreten. Der natürliche Gegensatz zwischen dem schaffenden Liberalismus und der Popularitätsdemokratie (die am allerwenigsten den Namen einer nationalen Demokratie beanspruchen darf, da Alles, was unsere Nation jetzt eint, gegen ihren Widerspruch hat durchgesetzt werden müssen), dieser Gegensatz hat abermals bewirkt, daß tüchtige Männer sich von der Verbindung mit der Fortschrittspartei, wie sie jetzt ist, losgelöst haben. Eine weitere scharfe, aber nicht unverdiente Kritik hat der Anhang der Herren Richter und Parisius jüngst in einem amerikanischen Blatte erfahren. Die Berliner „Volks-Zeitung" hatte kürzlich die in der „Nordd. Allgem. Zeitung" abgedruckten Ausführungen der in Chicago erscheinenden „Neuen Freien Presse" über das Unsinnige des fortschrittlichen Widerstandes gegen die Reichsjustizgesetze mit der Behauptung erwidert, das genannte Blatt jenseits des Oceans müsse wohl eine von der Reichsregierung aus geheimen Fonds bezahlte Zeitung sein. Das amerikanische Blatt weist diese Verdächtigung in entschiedener Weise zurück und führt aus, daß es ein Leichtes wäre, Aehnliches gegenüber der „Volks-Zeitung" mit Bezug auf ihr Auftreten zu Gunsten des Prinzen von Augustenburg und während des Jahres 1866 hinzustellen, fährt aber fort:

„Nein! Die „Volks-Zeitung" war, als sie 1865 für Errichtung eines neuen Kleinstaates schwärmte und 1866 den Feinden Preußens nach Kräften Vorschub leistete, nicht „gekauft", sie vertrat nur die deutsche Fortschrittspartei, welche sich richtiger Rückschrittspartei nennen würde; denn sie ist seit 1864 beständig zurückgegangen. Damals grenzte ihre Mehrheit in der Volksvertretung an Einstimmigkeit; heute fristet sie ein kümmerliches Minimum. Weshalb? Weil, wie Ziegler ganz richtig sagte, ihr das Staatsbewußtsein abhanden gekommen ist, weil sie ihren öden Parteikram über das Staatsinteresse stellt, weil sie weder die Interessen des Volkes studirt und vertritt, noch mit der Regierung Fühlung und dadurch Einfluß zu erlangen sucht. Weil sie ebenso unpraktisch wie unduldsam ist und weil sie in einer langen Reihe von Jahren stets opponirt und absolut Nichts geleistet hat! Anstatt sich mit den Bedürfnissen ihrer Wahlkreise zu beschäftigen, declamiren die Candidaten schöne Reden. Oft halten sie es kaum der Mühe für werth, ihren Wahlkreis zu besuchen! Sie können daher auch nicht die Bedürfnisse ihrer Wähler kennen lernen. Wer durch Meinungsaustausch mit den Regierungskreisen bei letzteren seinen Ansichten Eingang verschaffen und die Interessen seiner Wähler vertreten und fördern will, wird als Verräther angesehen! Man fordert Rede- und Preßfreiheit, aber jede andere Meinung, als die eigene, wird geschmäht und verdächtigt. Wenn man hier (in Amerika) einem der Opposition angehörigen Volksvertreter sagen würde, er vergebe seinen Grundsätzen Etwas, wenn er mit den Regierungskreisen verkehrt und für seine Ansichten sowie für die Interessen seiner Wähler bei denselben wirkt, so würde er mit keinem Compliment antworten. Natürlich war die Fortschrittspartei in Folge ihrer Haltung zur politischen Unfruchtbarkeit verurtheilt, und es ist ganz natürlich, daß das deutsche Volk bei den letzten Reichstagswahlen sich von einer Partei abwandte, die sich den Anstrich politischer Unfehlbarkeit giebt, nie Etwas leistet und Diejenigen verdächtigt, welche andere Ansichten hegen. Nichts ist billiger, als Opposition um jeden Preis zu machen. Das kann jeder Schwachkopf. Schwerer und eine oft undankbarere Aufgabe ist es, das unter gegebenen Verhältnissen Mögliche zu erstreben und zu erreichen."

Im Reichstage begründeten am Donnerstag die Abgg. Liebknecht, Blos und Kapell kurz ihre Anträge, betreffend die Aufhebung des gegen die Abgg. Bebel, Hasenclever und Liebknecht eingeleiteten Strafverfahrens während der Dauer der Session. Die Anträge wurden ohne Debatte in üblicher Weise genehmigt. — Die erste Berathung der Gesetzentwürfe, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und betreffend die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes, wurde verbunden. Abg. v. Benda betonte die Nothwendigkeit, daß das Reich aus dem langen Provisorium herauskäme. Es habe bekanntlich schon ein Gesetzentwurf, betreffend den Rechnungshof, sowie bezüglich der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches, dem Hause vorgelegen, ohne bisher zu Stande gekommen zu sein. Der letztere Entwurf ist in der Session 1874/75 in der Commission einer gründlichen Berathung unterworfen worden, zur Plenarberathung aber nicht mehr gelangt. Bezüglich des Rechnungshofgesetzes sind keine Schwierigkeiten zu überwinden. Der Abgeordnete ist von der Wichtigkeit durchdrungen, daß das Gesetz jetzt zu Stande kommen müsse; sei es doch unzuträglich, das Etatsrecht auf die Bemerkungen im Etat zu fundiren. Er schlägt eine Berathung im Plenum auf Grundlage des Commissionsberichts der Session 1874/75 vor und hofft im Uebrigen, daß auch die Reichsregierung das wünschenswerthe Entgegenkommen zeigen werde, dem Reiche ständen ohnehin noch Kämpfe genug bevor; es sei daher um so mehr Eintracht auf diesem Gebiete des innern Staatslebens geboten. — Abg. Richter (Hagen) ist nicht ganz mit dem Vorredner einverstanden. Auch kann er den vom Abg. v. Benda gegen eine Commission geltend gemachten Grund nicht als stichhaltig zugeben, daß in derselben neue Gesichtspuncte hervortreten möchten. Die Regierung habe wohl quantitativ viel nachgegeben, in den wichtigen Fragen aber habe sie die Commissionsvorschläge nicht angenommen. Die Regierungsvorlage sei die genaue Copie desjenigen Delbrück'schen Entwurfs, der im Herbst 1875 vorgelegt sei, ohne daß es damals für zweckmäßig erachtet worden wäre, auch nur in die erste Lesung einzutreten. Man müsse unverändert auf dem Standpunct verharren, den die damalige Commission, die ohnehin bereits mehrfach Compromisse angenommen hätte, einnahm. Der Reichstag an sich befinde sich gar nicht in der Nothwendigkeit, dem Gesetze unter allen Umständen zustimmen zu müssen. Auch wenn das Einnahmegesetz nicht zu Stande komme, könne das Etatsrecht noch durch Etatsbemerkungen geübt werden. Das beweise, daß der Reichstag das Gesetz nicht unter allen Umständen anzunehmen brauche, wenn die Regierung auf ihrem Standpuncte beharre. — Abg. v. Kardorff stimmt dem Abg. v. Benda darin bei, daß das Zustandekommen des Gesetzes dringend erwünscht sei. Dieser habe auch mit Recht auf den Uebelstand hingewiesen, durch Etatsbemerkungen das Etatsrecht ausüben zu wollen. — Auch Abg. Freiherr v. Maltzahn-Gültz hält das Zustandekommen des Gesetzes für dringend geboten, und gerade die Ausführungen des Abg. Richter hätten ihn in dieser Ansicht nur bestärken können. Man müsse aus dem bisherigen Nothbehelf herauskommen, der zu unglücklicher und verderblicher gelegentlicher Gesetzmacherei führe. Daß die Verständigung etwa in der Commissionsberathung erleichtert würde, könne um so weniger angenommen werden, als die Differenzen sich auf wenige principielle Puncte beschränkten. Er erklärt sich demnach ebenfalls für Vornahme der 2. Lesung im Plenum. — Abg. Lasker setzt voraus, daß viel Nachgeben von der Regierung allerdings unerläßlich sei. Einen Unterschied zwischen dem Reichstag und der Regierung kann er auf diesem Gebiete nicht für berechtigt anerkennen. Das Gefährliche des gegenwärtigen Verfahrens der Etatsbemerkungen bestehe in dem Mangel an Grundsätzen; daß aber solche aufgestellt würden, liege sicher im gleichmäßigen Interesse aller Parteien des Hauses. In Wahrheit stehe die Regierung übrigens im Wesentlichen bereits auf den Commissionsbeschlüssen, und hoffe er deshalb, daß das Haus, sobald als die Zeit es gestattet, in die Plenarberathung eintreten werde. — Die Abgg. Richter und v. Benda machten demnächst noch kurze Bemerkungen bezüglich vorheriger Aeußerungen. Demnächst wurde die erste Berathung geschlossen. Damit war zugleich die Tagesordnung erledigt. Schluß der Sitzung gegen 1 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Erste Lesung des Etats in Verbindung mit dem Antrage Richter, betreffend die Verwendung des Invalidenfonds.)

Die „Alt. Nachrichten" veröffentlichen folgendes Schreiben des Prof. Karsten an den Vorsitzenden des Altonaer Wahlcomités:

„Kiel, 2. März 1877. Geehrtester Herr! Es wird mir kaum möglich sein, passende Worte an Sie über den gestrigen Wahlkampf zu richten, und doch drängt es mich, Ihnen und den Tausenden von wackern Männern ein Dankwort für die beispiellose Thatkraft, die sie bewiesen haben, zuzurufen. Beschämend würde es sein, zu denken, daß einer Person zu Liebe alle Anstrengungen gemacht wären. Glücklicherweise ist es nicht so, sondern gerade darin ist das Ausgezeichnete und Bewundernswerthe dieses Kampfes zu suchen, daß die volle Erkenntniß, es handle sich um den Austrag eines hohen sittlichen Princips, derart in die Bevölkerung gedrungen ist, daß seltene Einmüthigkeit Alle verband, welche Vaterland und vaterländische Sitte hoch halten. Würden von mir Leistungen erwartet, die dieser gewaltigen Kundgebung eines edlen Volkswillens entsprechen müßten, so wäre meine Kraft viel zu schwach. Die Wähler werden mit meiner Versicherung vorlieb nehmen müssen, daß ich nach Kräften bestrebt sein werde, meiner Pflicht zu genügen, namentlich in dem Sinne, der uns hier vereint hat: zur Beseitigung des Parteihaders gegenüber reichsfeindlichen Parteien. Lassen Sie mich zum Schlusse die Hoffnung aussprechen, daß ein solcher Kampf gegen die Socialisten, wie er jetzt ausgefochten wurde, hier nicht wieder nöthig sein wird, und zwar deshalb, weil das Bewußtsein nunmehr klar darüber geworden ist, daß durch Belehrung in unermüdlicher Betheiligung bei öffentlichen Versammlungen es gelingen wird, die große Mehrzahl Derer, die jetzt ohne klare Vorstellung den socialdemagogischen Führern folgen, zu besseren Ansichten zu bekehren. Daß in dieser Beziehung Vieles von uns Allen versäumt worden, muß zugestanden werden, und diese Lehre wollen wir aus der letzten Wahlagitation entnehmen. Ihnen, den Mitgliedern des Comité, meinen wärmsten Dank, nicht minder aber der charakterfesten, ausdauernden Wählerschaft. Sie Alle können sich sagen, daß Ihr Verhalten bei dieser Wahl ein leuchtendes Vorbild politischer Einsicht und sittlicher Kraft bleiben wird. Ihr ergebenster G. Karsten."

Dr. Rudolf Meyer hat sich der Verhaftung, welche das Kreisgericht in Berlin wegen einer Verleumdungsklage des Fürsten Bismarck auf Grund der in Leipzig erschienenen Broschüre „Politische Gründer" gegen ihn verfügt hatte, durch die Abreise, angeblich nach Italien, entzogen.

Es schwirren wieder Gerüchte von angeblichen österreichischen Rüstungen durch die Lüfte. Sie beschäftigen sich diesmal vorzüglich mit der vermeintlichen Absicht Oesterreichs, Bosnien bei dem Eintritt gewisser Voraussetzungen militairisch zu besetzen. Es scheint, daß die Alarmschläger hoffen, der Wolf, den sie unablässig ankündigen, werde doch endlich einmal kommen. Aber weder in Dalmatien noch in der ehemaligen Militairgrenze sind die regelmäßigen Friedensgarnisonen seit dem Beginn der Wirren im Orient wesentlich verstärkt worden; es haben in dieser Richtung weder Truppenverschiebungen noch Sendungen von Kriegsmaterial stattgefunden, die durch ihre Bedeutung Anspruch hätten, die allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen.

Die Nachrichten über den Aufstand in Bosnien und Albanien sind stark aufgebauscht und zwar zu dem Zwecke, den Aufstand in der Herzegowina neu zu beleben und Dalmatien aufzuregen.

Aus Kopenhagen meldet man: Der Finanzausschuß der Landthings ist dem Beschluß des Folkethings beigetreten, „die Theilnahme an der Pariser Weltausstellung abzulehnen"; er spricht ferner die Erwartung aus, daß die dänische Industrie sich nicht an der Ausstellung betheiligen werde, nachdem die Regierung officiell ablehnte.

Aus Petersburg, 8. März, wird officiös geschrieben: Die Besprechungen, welche General Ignatieff, der diesseitige Vertreter auf der Conferenz und langjährige Botschafter Rußlands bei der Pforte, mit den leitenden Staatsmännern in Berlin und demnächst auch an anderen Orten haben wird, werden erneut feststellen, daß die russische Regierung keine besondere orientalische

SLUB
Wir führen Wissen.